

Wolfgang Kleindienst
Kreistagsmitglied
Unabhängige Bürgervertretung Saale-Orla – UBV
Kastanienallee 4a
07381 Pößneck
E-Mail: w.kleindienst@t-online.de

Pößneck, den 16.10.25

Offener Brief der Bürgerinitiativen aus Thüringen zur „Reform der Energieversorgung“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mario Voigt,

mit großer Sorge verfolgen wir Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker aus Thüringen die aktuellen Planungen zum weiteren Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien – insbesondere der Windkraft – im Freistaat Thüringen.

Die nun bekanntgewordenen Vorgaben zur Fortschreibung des Thüringer Landesentwicklungsplans und die Anpassung an das Bundesziel von 2 % Windflächenanteil rufen in der Bevölkerung massiven Widerstand hervor. In nahezu allen Regionen Thüringens – vom Eichsfeld über den Thüringer Wald, das Saale-Holzland und das Orlatal bis hin zum Altenburger Land – formieren sich Bürgerinitiativen, die sich gegen den rücksichtslosen Ausbau von Windkraftanlagen in Wäldern, Landschaftsschutzgebieten und in unmittelbarer Nähe zu Wohnsiedlungen wenden.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben Petitionen unterzeichnet und Stellungnahmen abgegeben, um ihren Protest gegen eine Politik zu bekunden, die sie als undemokratisch, überstürzt und ökologisch widersprüchlich empfinden.

Laut aktuellen Umfragen lehnen mehr als 60 % der Thüringerinnen und Thüringer den massiven Ausbau der Windkraft in der jetzigen Form ab. Sie wollen den Schutz ihrer Heimatlandschaften, ihrer Gesundheit und ihrer Lebensqualität nicht einer ideologisch geprägten Energiepolitik opfern. Die aktuelle Ausbauplanung für Windkraft und Photovoltaik steht nach unserer Überzeugung im Widerspruch zu den technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes.

Unsere Heimat steht vor einem massiven Umbruch

Thüringen ist ein Land der Wälder, Mittelgebirge und Kulturlandschaften – mit dem Thüringer Wald, der Rhön, dem Eichsfeld und den Flusslandschaften von Saale, Werra und Unstrut. Diese Gebiete sind nicht nur ökologische Rückzugsräume und Lebensräume für gefährdete Arten, sondern auch touristisch und kulturell von zentraler Bedeutung für unser Land.

Doch die geplanten Flächen für Wind- und Photovoltaikanlagen gefährden genau diese Werte. Immer häufiger sollen Waldstandorte erschlossen werden – entgegen aller Beteuerungen, man wolle „Wald schützen und Energie naturverträglich ausbauen“.

Gleichzeitig sehen wir, dass Photovoltaik-Großanlagen auf wertvollen Ackerflächen entstehen und ganze Landschaftsbilder verändern. Damit geraten Landwirtschaft, Naturschutz und Energieinteressen in einen unlösbaren Konflikt, den die derzeitige Planungspolitik bewusst ignoriert.

Was der Gesetzgeber vorgibt – und was tatsächlich passiert

Die Realität sieht anders aus. Weder sind die Anlagen umweltverträglich, noch ist die Versorgungssicherheit gewährleistet.

Thüringen verfügt bereits über eine der größten und leistungsfähigsten Speicherinfrastrukturen Europas. Allein die Pumpspeicherkraftwerke Goldisthal (1.060 MW), Hohenwarte I + II (384 MW) und Bleiloch (80 MW) erreichen zusammen eine installierte Leistung von rund 1.524 MW. Nach derzeitigem Stand der Planung entsteht ein neues Pumpspeicherkraftwerk in den Schiefergebirgsgemeinden Probstzella und Leutenberg mit einer installierten elektrischen Leistung von bis zu 500 Megawatt. Ergänzt durch das Laufwasserkraftwerk Hohenwarte I und Burgkhammer steht damit ausreichend Speicherkapazität zur Verfügung, um Netzstabilität und Versorgungssicherheit weitgehend zu gewährleisten.

Dennoch werden diese Anlagen im bestehenden Energie- und Förderrecht wirtschaftlich benachteiligt, etwa durch die Berechnung von Netzentgelten und das Fehlen einer systematischen Einbindung in die Energiewende-Strategie.

Anstatt diese grundlastfähigen und bewährten Speicher zu stärken, wird weiter auf den massiven Zubau von Windkraftanlagen, Photovoltaik-Großprojekten und Batteriegroßspeichern gesetzt.

Dieser unkoordinierte Ausbau verursacht enorme Zusatzkosten durch Netzausbau, Netzstabilisierung (Redispatch) und Reservehaltung – Kosten, die sich direkt in steigenden Strompreisen für Bürger und Unternehmen niederschlagen.

Thüringen braucht daher keine weiteren Windkraftanlagen oder Solarparks, sondern eine Energiepolitik, die bestehende Speicher- und Netzinfrastruktur stärkt, anstatt durch Überkapazitäten neue Risiken und Belastungen zu schaffen.

Politischer Druck statt kommunaler Selbstbestimmung

Mit dem Wind-an-Land-Gesetz (WindBG, 2022) und dem EEG 2024 hat der Bund die Länder verpflichtet, die 2 %-Flächenziele für Windkraft umzusetzen. In Thüringen trifft dies auf Regionen, die bereits heute eine überdurchschnittliche Flächenbelastung durch Windenergie aufweisen.

Der Freistaat wird so in ein Spannungsfeld zwischen Bundesvorgaben und kommunaler Planungshoheit gedrängt. Gemeinden und Landkreise fühlen sich zunehmend entmachtet und unter Druck gesetzt, weil sie die Planungen weder stoppen noch eigenständig gestalten können.

Hinzu kommt die Regelung zur finanziellen Beteiligung der Kommunen, die faktisch als Instrument politischer Erpressung wirkt: Wer Windkraft zulässt, erhält Geld – wer sich verweigert, geht leer aus. Damit wird aus Beteiligung Bestechung.

Unsere Forderungen an die Politik:

1. Weg von Flächenzielen – hin zu Leistungs- und Bedarfsorientierung!

Die Energieplanung muss sich an der installierten Leistung und am tatsächlichen Bedarf orientieren – nicht an pauschalen Flächenvorgaben.

Thüringen verfügt bereits heute über eine installierte Leistung an erneuerbaren Energien, die den landesweiten Strombedarf bei Weitem übersteigt. In Thüringen sind derzeit 4.686 MW an Windkraft- und Photovoltaikanlagen installiert. Dem steht eine maximale Netzlast von nur 1.212 MW gegenüber (Stand Oktober 2024). Das bedeutet: Die vorhandene Erzeugungskapazität übersteigt den Strombedarf bereits um rund das Dreifache.

Weitere Windkraftanlagen oder Solarparks sind daher weder energiewirtschaftlich noch netztechnisch erforderlich. Im Gegenteil – sie gefährden Netzstabilität, treiben die Kosten und zerstören wertvolle Landschaften.

Statt Flächenvorgaben fordern wir eine bedarfsgerechte, leistungsbezogene und technologieoffene Energieplanung, die physikalische Grenzen, Netzsicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen berücksichtigt. Aus diesem Grund fordern wir eine Abkehr von Flächenzielen und eine Ausrichtung der Energieplanung auf die tatsächlich benötigte installierte Leistung.

2. Beendigung des „herausragenden öffentlichen Interesses“ an Wind- und Solarenergie! Kein Gesetz darf Umweltschutz, Gesundheit und kommunale Rechte nachrangig behandeln.

3. Moratorium für neue Windkraft- und PV-Großprojekte!

Bis zu einer unabhängigen, wissenschaftlich fundierten Neubewertung der Energie- und Flächenpolitik in Thüringen.

4. Gesundheitsschutz und Monitoring!

Einführung verbindlicher Studien zu Infraschall, optischer Belastung und Auswirkungen auf Flora und Fauna.

5. Schrittweiser Ausstieg aus EEG-Subventionen!

Keine weiteren Förderungen für neue Großanlagen – stattdessen Unterstützung für Energieeffizienz, Speicher und Technologieoffenheit.

6. Verpflichtende Bürgerbeteiligung und Transparenz!

Offene Informationsveranstaltungen, Bürgerentscheide und echte Mitsprache bei der Standortwahl.

7. Rückkehr zur kommunalen Planungshoheit!

Stärkung der Landkreise und Gemeinden, die am besten wissen, was ihre Region trägt.

Für ein Thüringen mit Zukunft

Unsere Thüringer Kulturlandschaften – vom Kyffhäuser bis zur Rhön, vom Thüringer Wald bis zum Altenburger Land – sind Identität, Lebensraum und Heimat. Diese Vielfalt darf nicht dem kurzfristigen Ziel geopfert werden, Zahlen in Bundesgesetzen zu erfüllen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Voigt,
wir bitten Sie, Ihre Verantwortung wahrzunehmen und sich gegen eine ideologisch getriebene, naturzerstörerische Energiepolitik zu stellen.

Setzen Sie sich für ein Moratorium des weiteren Windkraft- und Solarzubaues in Thüringen ein, bis eine ehrliche und technologieoffene Neubewertung vorliegt.

Für die Menschen. Für die Heimat. Für die Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen

Die Bürgerinitiativen aus Thüringen